

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

neues Jahr – neues Glück! Dieser Ruf bekommt in unserer Heimatstadt Essen leider wieder einmal einen bitteren Beigeschmack.



Das neue Jahr ist erst wenige Wochen alt und schon dominieren politische Hiobsbotschaften das Tagesgeschäft. Die Entwicklungen bei der Grundstücksverwaltung Essen GmbH, die Auswirkungen der neuen Prognosen bei den Flüchtlingszahlen, die anhaltende Gewalt im Essener Amateursport und die Querelen um die Großveranstaltungen in Rüttenscheid lassen das Jahr 2015 eher unglücklich starten.

Genug zu tun für uns Freie Demokraten im Essener Stadtrat. In der nun vorliegenden ersten Ausgabe der „FDP-Aktuell“ im Jahr 2015 möchten wir einen Überblick über unsere Arbeit vermitteln. Wir laden Sie ein, uns auf unserem Weg zu begleiten.

Herzlichst, Ihr

Nichts ist älter, als die Prognose von heute

Ein Thema, das sämtliche Bezirksvertretungen und die Fachausschüsse des Rates zu Beginn des Jahres beschäftigt, ist die Prognose zu den Flüchtlingszahlen 2015. Anfang Februar kündigte ein Schreiben des NRW-Innenministers Jäger eine krisenhafte Entwicklung der Flüchtlingszahlen für das neue Jahr an, in dem Schätzungen von 300.000 Flüchtlingen

aus dem Kosovo und den Westbalkanländern befürchtet wurden. Dies erforderte sofortige Maßnahmen der Stadtverwaltung, die in Absprache mit den politischen Fraktionen die Weiterführung und den Ausbau der derzeitigen Behelfseinrichtungen sowie die Anmietung weiterer Gebäude erwirkte.

Diesem Dringlichkeitsentscheid stimmte die FDP-Fraktion zu, um die Unterbringung von Asylsuchenden in Notunterkünften, wie z. B. Turnhallen, zu vermeiden. Nach den Planungen der Verwaltung sollen Übergangswohnheime entsprechend des Ratsbeschlusses vom September letzten Jahres errichtet werden. Mittlerweile gehen neuere Prognosen von verminderten Flüchtlingszahlen aus.

Die FDP-Fraktion in Essen steht vollumfänglich zum Recht auf Asyl und ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den schutzbedürftigen Flüchtlingen bewusst. Allerdings kritisiert die FDP-Fraktion die Praxis der Landesregierung, rechtsstaatlich abgelehnte Asylbewerber nicht abzuschieben und so die Probleme der Kommunen zu vergrößern. Auch müssen die Westbalkanländer als sichere Herkunftsländer deklariert werden, um die Bearbeitung der Asylanträge zu verkürzen.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen spricht sich darüber hinaus dafür aus, die Standortfrage bürgernah und transparent neu zu führen. Die geplanten und vorhandenen Unterbringungen sind nicht in Gänze als Dauerstandorte geeignet.

„Die Liste möglicher Standorte muss schnellstmöglich in den Fachausschüssen beraten werden, um nicht wieder dem Zeitdruck zu erliegen und unwirtschaftliche und sozial unverträgliche Entscheidungen zu treffen“, sagt Petra Hermann, sozialpolitische Sprecherin der FDP. „So gab es feste Zusagen an die Anwohner, die Übergangsheime im Herbst bzw. Winter 2015 wieder zu schließen. Diese Standorte sind unserer Meinung nach zum Teil völlig ungeeignet für längerfristige Unterbringung von Flüchtlingen.“

Die FDP-Fraktion fordert deshalb eine Beschlussvorlage, die die Interessen der Beteiligten berücksichtigt, aber auch wirtschaftliche Aspekte, wie die bedarfsgerechte Flächenplanung der Stadt, nicht außer Acht lässt. „Nicht jede Freifläche darf nun als Asylstandort verplant werden, insbesondere wenn sie grundsätzlich als Gewerbefläche oder zur Wohnbebauung vorgesehen war“, erinnert Hans-Peter Schönweiß, Fraktionsvorsitzender der FDP.

Neujahrsempfang der FDP-Fraktion 2015

Mit 150 Gästen aus Politik, Verwaltung und Verbänden feierte die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen am 12. Januar 2015 ihren Neujahrsempfang in der Orangerie im Grugapark.



V.l.n.r.: Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann, Hans-Peter Schönweiß und Ralf Witzel (MdL)

Neben der Neujahrsansprache des Fraktionsvorsitzenden Hans-Peter Schönweiß überzeugte der Festredner Marco Buschmann, Bundesgeschäftsführer der Freien Demokraten, der in seiner Rede klare Aussagen zu den politischen Auswirkungen der Anschläge auf die Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ in Paris fand.

Jeglicher Versuch, aus den terroristischen Attentaten in Frankreich Kapital zu schlagen, sei ein Affront gegen die Demokratie und die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland, so Buschmann sinngemäß. Nun wieder über ein Einschränken von Bürgerrechten nachzuden-



ken sei unsachgemäß, schließlich habe die in Frankreich praktizierte Vorratsdatenspeicherung die Anschläge nicht verhindern können. Es komme darauf an, die Polizei zu stärken. Bessere Ausstattung und mehr Polizeibeamte stünden für mehr Sicherheit auch in Deutschland.

Schöneweiß sprach sich in seiner Ansprache erneut gegen die immer steigenden Steuern und Gebühren in der Stadt aus und forderte von den Stadttöchtern, aber auch von den privaten Unternehmen in Essen, die Vereine und Institutionen nicht durch sinkendes Sponsoring im Stich zu lassen.

„Bricht die Arbeit der Sportvereine und Kulturinstitutionen heute weg, fällt uns dies in einigen Jahren im Bereich der Jugendhilfe wieder vor die Füße“, so Schöneweiß. „Es gilt, Ehrenamt in dieser Stadt zu stärken, denn von diesem profitieren schlussendlich wir alle.“

Betreuungsangebot im Kita-Bereich

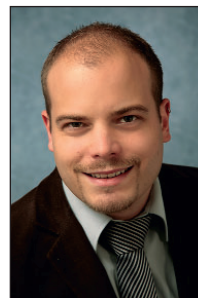
Mit Sorge betrachtet die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen die vorgestellten Prognosen zum Ausbau des Kinderbildungs- und Betreuungsangebotes für das Kita-Jahr 2015/16. Das Betreuungsangebot für Kita-Plätze mit einem Leistungsumfang von 25 Stunden pro Woche wird auf nunmehr 3,6 % weiter gesenkt. Der Landesdurchschnitt dieses Betreuungszeitmodells liegt bei 6,1 %.

Die Stadt begründet ihr Vorgehen damit, eine ebenso geringe Nachfrage nach Betreuungsplätzen in diesem Umfang zu erkennen. „Dies ist aber nur schwer vorstellbar“, sagt Martin Hollinger, jugendpo-

litischer Sprecher der FDP-Fraktion. „Die Nachfrage dieses Betreuungskontingents ergibt sich nur auf dem Papier und auch aus der Tatsache heraus, dass die Wahl eines höheren Betreuungsumfanges für Eltern keine oder nur unverhältnismäßig geringe Mehrkosten bei den Kita-Gebühren verursacht. Wer würde ein nahezu kostenloses ‚Upgrade‘ denn verwehren? Fatal ist, dass über Bedarf beanspruchte Betreuungskontingente dort Ressourcen nehmen, wo sie dringend benötigt werden.“

Selbst die Landesregierung führt in einer Antwort auf eine kleine Anfrage aus: „Es mehren sich allerdings Beschwerden von vielen Eltern darüber, dass die Inanspruchnahme einer 25-Stunden-Betreuung faktisch nicht möglich sei und eine 35- oder gar 45-Stunden-Betreuung gewählt werden müsse, damit das zu betreuende Kind überhaupt einen Betreuungsplatz erhalten konnte.“

Martin Hollinger verdeutlicht die Sichtweise der FDP-Fraktion: „Eltern müssen wohnortnahe und bedarfsgerechte Angebote aller Betreuungszeitmodelle vorfinden. Bedarfsgerecht bedeutet hier aber auch, dass die Stadt dazu in der Lage sein muss, ausreichende Angebote aller Betreuungskontingente vorzuhalten. Dies scheint momentan nur bedingt gegeben zu sein und geht letztendlich zu Lasten derjenigen Eltern, welche noch keinen Betreuungsplatz für ihr Kind gefunden haben.“



Martin Hollinger

Trinkerszene am Willy-Brandt-Platz

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen bekräftigt ihre Forderung, die Trinkerszene am Willy-Brandt-Platz an einen anderen Ort zu verlagern. „Die Kundenumfrage zur Attraktivität der Essener Innenstadt hat insbesondere bei den Themen Sicherheit und Sauberkeit Handlungsbedarf offengelegt“, sagt Peter Sander, ordnungspolitischer Sprecher der Essener FDP.

„Da es auf Höhe der Hachestraße berechnete Interessen eines potentiellen Investors gibt, muss die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit Ordnungsbehörden und Hilfsorganisationen Alternativstandorte prüfen. So sehen wir den Bereich unter den Helbingbrücken als geeignet an. Dort gibt es neben den Parkplätzen Freiraum, der durch Installation einer Sanitäreinrichtung und Aufbesserung, beispielweise durch Parkbänke, hergerichtet werden könnte“, so Sander weiter. „Einer Prüfung, ob ähnlich dem Dortmunder ‚Café Berta‘ ein Standort für einen ‚Trinkerraum‘ gefunden werden kann, wird sich die Essener FDP nicht verschließen, wenn die daraus entstehenden Kosten aus dem derzeitigen Sozialhaushalt übernommen werden können.“

Ziel der Überlegungen muss es sein, den Willy-Brandt-Platz wieder zu einem der Einkaufs- und Tourismusstadt Essen würdigen Erscheinungsbild zu verhelfen. „Die Trinkerszene, der bisher weder durch ordnungspolitische Maßnahmen noch durch sozialpolitisches Engagement entgegenzuwirken war, sollte die Möglichkeit bekommen, sich an einem citynahen Ort zu treffen“, sagt Hans-Peter Schöneweiß, Fraktionschef der FDP.

„Die vielen sozialen Projekte, die – wie das Programm ‚Pick-up‘ – durchaus gute Ergebnisse erzielen, können über die störenden Begleiterscheinungen der Szene am ‚Hauseingang‘ der Essener City nicht



Peter Sander



Petra Hermann

hinwegtäuschen“, so Petra Hermann, sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

„Die Händler, Kunden und Touristen, die mit ihrem Angebot bzw. ihrem Besuch die Kettwiger Straße bis zum Limbecker Platz immer noch zu einer der herausragenden Innenstädte in NRW machen, werden durch diese Szene massiv gestört. Eine vorübergehende oder langfristige Sanitäranlage in Höhe des Essener Hofes, wie von anderen Fraktionen befürwortet, wird keine Entlastung bringen“, ergänzt Schöneweiß. „Ein Umzug wäre dagegen ein deutliches ordnungspolitisches Signal.“

Aufklärung bei der GVE gefordert

Mit Erstaunen nimmt die FDP-Fraktion die in der lokalen Presse veröffentlichten Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der Stadttochter GVE zur Kenntnis.

„Wir fordern vehement eine transparente Aufklärung der Vorwürfe in der Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Essen“, sagt Hans-Peter Schöneweiß. „Als Gesellschafter ist die Stadt verpflichtet, die politischen Gremien einzuschalten, wenn es darum geht, dass Projekte teurer werden als beschlossen und wenn aufgedeckt wird, dass Gelder entgegen ihrer Bestimmung verwendet werden. Dass die Vorgänge von 2013 und davor dem Gesellschafter nicht zur Kenntnis gegeben wurden, kritisieren wir deutlich.“

Um Konsequenzen zu prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen einleiten zu können, muss nach Meinung der FDP das vom GVE-Aufsichtsrat in Auftrag gegebene Gutachten des Unternehmens Ernst & Young schnellstmöglich in den Ratsgremien beraten werden. Darüber hinaus sollte das Beteiligungsmanagement der Stadt eine detaillierte Auflistung der von der GVE betriebenen Objekte, wie z. B. dem Aalto-Theater, dem Museum Folkwang, dem Steeler Stadtgarten, dem Stadion Essen und dem Grillo-Theater, vorlegen, aus der die Einnahmen und Ausgaben ersichtlich werden und Prognosen für den Weiterbetrieb aufgezeigt werden.

So fehlt der FDP-Fraktion eine Darstellung der Einnahmen von Stadttöchtern durch die Pächter der Immobilien, sei es den Gastronomen der Philharmonie und des Grillo-Theaters oder durch den Verein Rot-Weiss Essen im Essener Stadion.

Allein letzterer generiert jährlich einen Millionenumsatz für die Beteiligungsgesellschaften der Stadt.



Marcus Fischer

Gewalt im Sport

In immer kürzer werdenden Intervallen überschatten Gewalttaten den Essener Amateurfußball.

„Es kann nicht so weitergehen“, sagt Marcus Fischer, sportpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

„Die immer häufigeren Übergriffe auf sportliche Kontrahenten oder Schiedsrichter müssen härter bestraft werden. Wir fordern die Sport- und Bäderbetriebe in Ausübung des Hausrechts auf, Platzverbote bei Körperverletzungen auszusprechen. Die vom Fußballverband verhängten Sperren wirken nicht.“

Es gelte zu prüfen, ob ein Platzverbot für sämtliche städtischen Sportstätten aus-

gesprochen werden könne. „Mit Resolutionen im Sportausschuss werden wir der Problematik nicht mehr gerecht. Wir dürfen uns den Sport von diesen Schlägern nicht kaputtmachen lassen“, so Fischer.

Der Essener Sportbund greift diese Forderung auf und fordert darüber hinaus, im schlimmsten Fall Sanktionen gegen ganze Vereine oder Abteilungen zu verhängen. Die nächsten sportpolitischen Gespräche werden erste Ergebnisse der juristischen Überprüfung beraten.

FDP-Fraktion unterstützt IHK-Positionspapier

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen begrüßt in weiten Teilen das von der IHK Essen vorgelegte Positionspapier „NRW muss mobil bleiben“. Die auf die vorhandene Verkehrsinfrastruktur aufgebaute Studie legt Schwächen der derzeitigen Verkehrspolitik offen.

„Auf kommunaler Ebene fordert die FDP-Ratsfraktion schon länger, das Augen-

Anzeige

Liebe Freundinnen und Freunde der Brauchtumspflege,

einmal im Jahr verleiht die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen den Essener Bürgertaler und zeichnet damit Menschen unserer Stadt aus, die sich ehrenamtlich in den Bereichen Sport, Soziales oder Kultur engagieren.

Kennen Sie solch einen Menschen?

Dann freuen wir uns auf Ihren Vorschlag mit kurzer Begründung an die FDP-Fraktion, Alfredstraße 31, 45127 Essen oder per E-Mail an info@fdp-fraktion-essen.de

Ihr Hans-Peter Schöneweiß
(Vorsitzender der FDP-Fraktion)



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Essen

Alfredstraße 31 · 45127 Essen

Telefon (02 01) 49 55 13-70 · Fax 49 55 13-99

E-mail info@fdp-fraktion-essen.de

www.fdp-fraktion-essen.de

merk auf die Instandsetzung der vorhandenen Verkehrswege zu setzen und durch neue Projekte Lückenschließungen zu erreichen, wie bspw. durch den A52-Ausbau im Essener Norden, von dem sich die CDU im RVR aus Koalitionszwängen traurigerweise verabschiedet hat“, sagt Hans-Peter Schöneweiß.

„Wenn wir Industrie und Gewerbe in dieser Stadt ausbauen wollen, müssen wir auch für die notwendige Verkehrsinfrastruktur sorgen. Dass wir in diesem Zusammenhang sowohl den Individualverkehr als auch den ÖPNV berücksichtigen müssen, wird durch diese Studie belegt. Die Koalition aus SPD und CDU in Essen nimmt sich dieses Themas viel zu zaghaft an, das wird die Weiterentwicklung unserer Stadt behindern“, so Schöneweiß weiter. „Von besonderem Interesse ist dabei auch die Anforderung zur Belebung einer Innenstadt wie in Essen. Die Erreichbarkeit über alle Verkehrsträger, der Anlieferverkehr, das Stellplatzangebot sind nur einige Beispiele, die wir in den Überlegungen der Großen Koalition zum Innenstadtkonzept vermissen.“

Großveranstaltungen in Rüttenscheid

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, das die Genehmigung der Großveranstaltungen auf dem Messeparkplatz in Essen-Rüttenscheid durch die Stadt Essen beanstandete und einen Weiterbetrieb untersagte, fordert die FDP-Fraktion die Stadtverwaltung auf, einen Weg zu finden, wie das Oktoberfest und die Gourmetmeile „Rü Genuss pur“ weiterhin in Rüttenscheid stattfinden können.

„Wir fordern kreative Lösungen von der Verwaltung“, sagt Hans-Peter Schöneweiß. „Es muss in einer Großstadt wie Essen möglich sein, solche attraktive Veranstaltungen durchzuführen. Die Beschwerden einzelner Anwohnerinnen und Anwohner sorgen ansonsten im gesamten Stadtgebiet für immer weitere Entwicklungshemmnisse – z. B. auch bei Sportanlagen, Wohnungsbau und Gewerbeschließung. Ein Aus dieser unternehmerischen Initiative wäre ein unsägliches Signal für alle, die zukünftig mit ähnlichen Events unsere Heimatstadt attraktiver machen wollen.“

Investitionsoffensive des Bundes hilft nur kurzzeitig

Die FDP-Fraktion begrüßt die von der Bundesregierung angekündigte Investitionsoffensive, mit der finanzschwache Kommunen unterstützt werden sollen, bekräftigt jedoch ihre Forderung nach einer Gemeindesteuerreform, die langfristig die Handlungsfähigkeit des kommunalen Gemeinwesens sichert.

„Die nun auf den Weg gebrachten Hilfen zur Gebäudesanierung und Verkehrsinfrastruktur stopfen kurzfristig Löcher und helfen, das Notwendigste auf den Weg zu bringen“, sagt Hans-Peter Schöneweiß, Fraktionschef der Essener FDP. „Die zunehmende Überschuldung der Kommunen, insbesondere in NRW, wird durch solche Finanzspritzen jedoch nicht bekämpft.“

Ein richtiger Schritt ist nach Auffassung der Essener FDP-Fraktion die Entlastung bei den Sozialhilfe-Kosten durch den Bund. „Gerade auch der Essener Haushalt leidet unter den immer steigenden Pflichtausgaben im Sozialbereich. Diesem Thema muss sich die Bundesregierung über das nun beschlossene Sondervermögen hinaus dauerhaft widmen, wenn sie die Städte und Gemeinden in unserer Region stärken möchte“, so Schöneweiß weiter.

Würdigung kommunalpolitischen Engagements:

Ratsherr Klaus Budde erhielt VLK-Ehrennadel

Der Werdener Ratsherr Klaus Budde (69) ist zur Adventszeit 2014 vom Landesverband der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) für sein langjähriges kommunalpolitisches Engagement im



V.l.n.r.: Hans-Peter Schöneweiß, Klaus Budde, Jochen Dürrmann und Ralf Witzel (MdL) Foto © VLK

Rat der Stadt Essen mit der Ehrennadel und Ehrenurkunde ausgezeichnet worden.

Budde erfüllt die bei der FDP durchaus seltene Eigenschaft, in einer Großstadt ohne Unterbrechung vier Wahlperioden in Folge von den Bürgern in den Stadtrat gewählt worden zu sein.

Die besondere Würdigung seitens des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hat der Ehrengewählte der Liberalen Kommunalpolitiker, Jochen Dürrmann, überbracht.

Impressum

FDP-Fraktion

Alfredistraße 31, 45127 Essen
 Telefon: (02 01) 49 55 13-70
 Telefax: (02 01) 49 55 13-99
 E-Mail: info@fdp-fraktion-essen.de
 Web: www.fdp-fraktion-essen.de
 <http://www.facebook.com/FDP.Ratsfraktion.Essen>

Herausgeber:

FDP-Fraktion
 im Rat der Stadt Essen
 Hans-Peter Schöneweiß
 V.i.S.d.P.: Martin Weber

Layout:

Stefanie Kollhorst – Mediendesign
 45144 Essen
 E-Mail: steffi.kol@gmx.de

Druck:

Druckerei Bolte & Wollert GmbH
 Weidkamp 116, 45355 Essen
 Telefon: (02 01) 66 14 71
 Telefax: (02 01) 61 06 15
 E-mail: info@bolte-wollert.de
 Web: www.bolte-druck.de

Auflage: 1.500

Osterferien

Von Gründonnerstag, 2. April 2015, bis einschließlich Mittwoch, 8. April 2015, bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Die FDP-Ratsfraktion Essen wünscht Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Osterfest und geruhsame Feiertage.



© Sandra Brunsch Fotolia.com